



Baden-Württemberg

Die Landesbeauftragte für Tierschutz

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg · Postfach 10 34 44 · 70029 Stuttgart

Datum 18.12.2013

Name Dr. Maisack

Aktenzeichen SLT-9185.67

(Bitte bei Antwort angeben)

Vorschlag für eine kommunale Katzenschutzverordnung nach § 13 b Tierschutzgesetz

Vorbemerkung:

Durch das am 13. Juli 2013 in Kraft getretene 3. Änderungsgesetz zum Tierschutzgesetz (TierSchG) ist ein neuer § 13 b ins Gesetz eingefügt worden. Darin werden die Landesregierungen ermächtigt, durch Rechtsverordnung den unkontrollierten freien Auslauf fortpflanzungsfähiger Katzen zu beschränken oder zu verbieten, soweit dies zur Verhütung erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den in dem betroffenen Gebiet lebenden Katzen erforderlich ist. Durch Rechtsverordnung vom 19. November 2013 hat die Landesregierung diese Ermächtigung auf die Städte und Gemeinden des Landes übertragen.

Aus diesem Grund stellt die Stabsstelle der Landesbeauftragten für Tierschutz nachfolgend einen Vorschlag vor, wie Gemeinden eine solche kommunale Katzenschutzverordnung formulieren und begründen könnten. Dieser Vorschlag wird auf Wunsch als Word-Dokument zur Verfügung gestellt (Anfragen bitte an: natalie.ehrmanntraut@mlr.bwl.de).

Wir sind uns bewusst, dass sowohl mit § 13 b Tierschutzgesetz als auch mit einer darauf beruhenden Verordnung juristisches Neuland betreten wird. Deshalb sind wir gerne bereit, Vorschläge und Anregungen entgegenzunehmen, die zu einer Verbesserung und Effektivierung der von uns entworfenen Verordnung führen können.

Textvorschlag (Version 1 vom Dezember 2013):

Auf Grund von § 13 b des Tierschutzgesetzes in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 2182) in Verbindung mit der Verordnung der Landesregierung über die Übertragung der Ermächtigung nach § 13 b des Tierschutzgesetzes (Katzenschutz-Zuständigkeitsverordnung) vom 19. November 2013 (GBl. vom 10. Dezember 2013) wird von der Gemeinde ... gemäß Beschluss des Gemeinderats vom ... für das Gebiet der Gemeinde ... folgende Verordnung erlassen:

§ 1 Begriffsbestimmungen

Absatz 1:

Katzen im Sinne dieser Verordnung sind alle weiblichen und männlichen Tiere der Art *Felis silvestris catus*, unabhängig davon, ob sie sich im Besitz von Personen befinden oder nicht. Fortpflanzungsfähige Katzen sind Katzen, die fünf Monate alt oder älter und weder kastriert noch sterilisiert sind.

Absatz 2:

Schutzgebiete im Sinne von § 13 b Satz 1 und 2 des Tierschutzgesetzes umfassen jeweils eine Kernzone und einen umgebenden Bereich. Die Kernzone besteht aus einem oder mehreren zusammenhängenden Grundstücken, auf denen sich freilebende, insbesondere entlaufene, ausgesetzte oder zurückgelassene Katzen und deren Nachkommen in hoher Anzahl aufhalten, wobei sich zumindest bei einem Teil dieser Tiere erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden feststellen lassen, die auf ihre hohe Anzahl auf dem Grundstück oder den Grundstücken zurückzuführen sind. Zum umgebenden Bereich gehören die Grundstücke, bei denen es aufgrund ihrer räumlichen Nähe und der sonstigen örtlichen Gegebenheiten unter Berücksichtigung des Revier- und Wanderverhaltens fortpflanzungsfähiger Katzen ernsthaft möglich erscheint, dass solche Katzen, wenn sie auf dem Grundstück mit unkontrolliertem freien Auslauf gehalten werden, in die Kernzone eindringen und dort zur Vermehrung beitragen werden.

Absatz 3:

Als Halter einer Katze gilt auch, wer eine Katze in Besitz hat und betreut.

Absatz 4:

Kastration ist die Entfernung der männlichen oder weiblichen Keimdrüsen, also der Hoden oder der Eierstöcke; sie darf nur von einem Tierarzt durchgeführt werden.

Absatz 5:

Unkontrollierten freien Auslauf hat eine Katze, wenn sie sich frei bewegen kann und wenn weder der Halter noch eine von ihm beauftragte oder für ihn handelnde Person unmittelbar auf sie einwirken kann.

Absatz 6:

Die Kennzeichnung einer Katze erfolgt in der Regel durch die Implantierung eines Mikrochips durch einen Tierarzt; andere Formen der Kennzeichnung sind zulässig, wenn sie das Tier nicht stärker belasten oder gefährden und eine vergleichbar sichere Identifizierung des Halters ermöglichen. Die Registrierung erfolgt, indem neben den Daten des Mikrochips oder der anderen Kennzeichnung zumindest ein äußerliches Erkennungsmerkmal des Tieres sowie der Name und die Anschrift des Halters in ein öffentlich oder privat geführtes Register, das den Behörden zugänglich ist, eingetragen werden.

§ 2 Schutzgebiet

(Satz 1)

Zum Schutzgebiet im Sinne von § 13 b Satz 1 und 2 des Tierschutzgesetzes werden die im Ortsteil ... gelegenen Grundstücke mit den Flurstücknummern erklärt.

Alternativ:

Zum Schutzgebiet im Sinne von § 13 b Satz 1 und 2 des Tierschutzgesetzes werden folgende Grundstücke erklärt:

1. die am ... weg gelegenen Grundstücke mit den Hausnummern;
2. die an der ... straße gelegenen Grundstücke mit den Hausnummern;

Alternativ:

Zum Schutzgebiet im Sinne von § 13 b Satz 1 und 2 des Tierschutzgesetzes werden erklärt:

alle im Ortsteil ... gelegenen Grundstücke, soweit sie im Norden durch die ...straße, im Osten durch die ... straße, im Süden durch den ... weg und im Westen durch die Gemarkungsgrenze zur Stadt ... begrenzt werden.

(Satz 2)

Zur Kernzone des Schutzgebiets gehören die Grundstücke, die das Gelände der ehemaligen Firma bilden; sie umfasst die Grundstücke mit den Flurstücknummern

Alternativ:

sie umfasst die Grundstücke an der ...straße mit den Hausnummern und an der ...straße mit den Hausnummern

Alternativ:

sie wird im Norden durch die ...straße, im Osten durch den ...weg, im Süden durch den ...platz und im Westen durch den Bachlauf des ...baches begrenzt.

§ 3 Maßnahmen

Absatz 1:

Personen, die in der Kernzone des Schutzgebiets eine fortpflanzungsfähige Katze halten, dürfen dieser keinen unkontrollierten freien Auslauf gewähren.

Absatz 2:

Personen, die im übrigen Schutzgebiet eine fortpflanzungsfähige Katze halten, dürfen dieser keinen unkontrollierten freien Auslauf gewähren, außer wenn durch vorher getroffene Maßnahmen sichergestellt ist, dass die Katze nicht in die Kernzone eindringen und dort zur Fortpflanzung beitragen kann.

Absatz 3:

Wer im Schutzgebiet eine fortpflanzungsfähige Katze hält oder Eigentümer einer solchen Katze ist, muss sie, wenn er der Katze unkontrollierten freien Auslauf gewährt, kennzeichnen und registrieren lassen.

Absatz 4:

Wird eine fortpflanzungsfähige Katze, die unkontrollierten freien Auslauf hat, entgegen Abs. 1 oder 2 in der Kernzone des Schutzgebietes angetroffen, so kann dem Halter aufgegeben werden, das Tier kastrieren zu lassen. Ist eine fortpflanzungsfähige, in der Kernzone des Schutzgebiets angetroffene Katze nicht gekennzeichnet und kann ihr Halter deswegen nicht innerhalb von 24 Stunden identifiziert werden, so kann die zuständige Behörde die Kastration auf Kosten des Halters durchführen lassen. Ein vom Halter personenverschiedener Eigentümer hat die Maßnahmen nach Satz 1 und 2 zu dulden.

§ 4 Ausnahmen

Von den Verpflichtungen nach § 3 Absatz 1 bis 3 und Absatz 4 Satz 1 können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden, wenn die Interessen des Halters die durch diese Verordnung geschützten öffentlichen Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen. Das ist insbesondere der Fall, wenn der Halter glaubhaft macht, dass er ein berechtigtes Interesse an der Zucht mit der Katze hat und dass die Kontrolle und Versorgung aller Nachkommen gewährleistet ist. Eine Maßnahme nach Absatz 4 Satz 2 unterbleibt, wenn ein Sachverhalt nach Satz 1 bekannt ist.

§ 5 Fristen

Die Pflichten nach § 3 Abs. 1 bis 3 gelten ab dem < Einsetzen des Datums, das sechs Monate nach der amtlichen Bekanntmachung der Verordnung liegt >. Maßnahmen nach § 3 Abs. 4 werden ab dem < Einsetzen des Datums, das ein Jahr nach der amtlichen Bekanntmachung der Verordnung liegt > durchgeführt.

§ 6 Überprüfung

Diese Verordnung wird zum < Einsetzen des Datums, das vier Jahre nach der amtlichen Bekanntmachung der Verordnung liegt > daraufhin überprüft, ob die mit ihr angestrebten Ziele ihre Aufhebung erlauben oder Veränderungen erfordern.

Erläuterungen

Nachfolgend finden sich in normaler Schrift fachliche Erläuterungen und in kursiver Schrift Textpassagen, die als Begründung für eine Verordnung mit dem o. g. Text verwendet werden können.

A. Allgemeiner Teil

Zweck einer Katzenschutzverordnung ist der Schutz freilebender Katzen in Gebieten, in denen sie in hoher Anzahl auftreten und z. B. infolge von Krankheiten und Unterernährung erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden ausgesetzt sind. „Schutz“ i. S. von § 13 b S. 1 TierSchG bedeutet, dass das Leben, das Wohlbefinden und die Unversehrtheit dieser Tiere geschützt werden sollen. Daraus ergibt sich, dass zur Verminderung oder Begrenzung hoher Katzenpopulationen nur tierschutzgerechte Maßnahmen getroffen werden dürfen. Insbesondere ist es verboten (und nach § 17 Nr. 1 TierSchG strafbar), Katzen zu töten.

Grund und Anlass für die Schaffung der Ermächtigungsgrundlage in

§ 13 b TierSchG waren Berichte aus zahlreichen Städten und Gemeinden über eine starke Zunahme von Kolonien verwilderter Katzen. Schätzungen gehen dahin, dass auf 40 - 50 Einwohner eine freilebende (d. h. nicht in einem Besitzverhältnis stehende und auch nicht einem bestimmten Halter zuzuordnende) Katze kommt. Bei diesen Tieren handelt es sich um entlaufene, ausgesetzte oder zurückgelassene Hauskatzen und deren Nachkommen. Anders als Wildtiere gehören sie einer domestizierten Art an und sind deswegen nicht an ein Leben ohne menschliche Unterstützung angepasst, so dass sie, wenn sie dauerhaft außerhalb menschlicher Obhut leben, häufig Schmerzen, Leiden oder Schäden in erheblichem Ausmaß erfahren (vgl. amtliche Begründung zu § 13 b, BT-Drucks. 17/10572 S. 32). Die Fortpflanzung geschieht unkontrolliert und mit großer Geschwindigkeit: Eine weibliche Katze kann pro Jahr zwei Würfe mit jeweils 4 - 6 Nachkommen haben, die ihrerseits etwa ab dem fünften Lebensmonat vermehrungsfähig sind. Diese hohe Vermehrungsrate führt dazu, dass viele freilebende Katzen ihr Leben unter schlechten, tierschutzwidrigen Bedingungen führen müssen. In der amtlichen Begründung zu § 13 b (a. a. O. S. 32) heißt es dazu: „Krankheiten wie z. B. Katzenschnupfen oder Verletzungen und Traumata treten signifikant häufiger auf und führen zu erheblichen Leiden. Auch der Anteil abgemagerter oder unterernährter Katzen ist deutlich höher. In einer Untersuchung in Berlin lag die Welpensterblichkeit bei etwa 50 % während des ersten Lebensjahres, Todesursachen waren vor allem Unfälle und Krankheiten. Das Ausmaß dieser Erscheinungen, die erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den Tieren verursachen, nimmt mit steigender Populationsdichte zu.“

Vorrangigkeit anderer Maßnahmen. Nach § 13 b Satz 3 Nr. 1 TierSchG kann in einem Schutzgebiet der unkontrollierte freie Auslauf fortpflanzungsfähiger Katzen verboten oder beschränkt werden. Eine solche Regelung stellt jedoch einen schwer wiegenden Eingriff u. a. in das Eigentum der Katzenhalter dar. Deshalb ist in Satz 4 vorgesehen, dass vor einer solchen Anordnung andere Maßnahmen, insbesondere solche mit unmittelbarem Bezug auf die freilebenden Katzen, getroffen worden sein müssen, und dass sich gezeigt haben muss, dass sie für eine dauerhafte Populationsverminderung nicht ausreichen. Die amtliche Begründung zu § 13 b (S. 32) nennt dazu in erster Linie den „Ansatz Einfangen - Kastrieren - Freisetzen“. Dieser unmittelbar auf die freilebenden Katzen bezogene Maßnahmenkatalog muss also vorher auf denjenigen Grundstücken, auf denen freilebende Katzen in hoher Anzahl auftreten, durchgeführt worden sein, sei es von der verordnenden Gemeinde selbst, sei es von privaten Vereinen mit Unterstützung der Gemeinde. Auch muss sich gezeigt haben, dass diese Maßnahmen für eine dauerhafte Verminderung der Anzahl der Katzen nicht ausreichen, insbesondere weil die Fortpflanzungskette durch die Zuwanderung von außen kommender, fortpflanzungsfähiger Katzen aufrechterhalten wird. Erst danach können Anordnungen an die Katzenbesitzer auf den umliegenden, in der Nähe befindlichen Grundstücken ergehen, die auf eine Ausschließung oder Beschränkung des freien Auslaufs der dort gehaltenen Katzen oder, wenn sich dies als nicht ausreichend erweist, auf Unfruchtbarmachung oder deren Duldung gerichtet sind. Lediglich weniger einschneidende Anordnungen, wie insbesondere die in S. 3 Nr. 2 erwähnte Kennzeichnung und Registrierung von Katzen im Schutzgebiet, stehen nicht unter diesem Vorbehalt.

Dem **Verhältnismäßigkeitsgrundsatz**, wie er u. a. durch § 13 b Satz 4 konkretisiert worden ist, entspricht deshalb eine Vorgehensweise in mehreren Schritten:

1. Zunächst muss festgestellt werden, ob es im Gemeindegebiet Grundstücke mit erhöhten Populationen freilebender Katzen gibt und, wenn ja, wo diese liegen. Festzustellen ist auch, in welchem gesundheitlichen Zustand diese Katzen sind und ob (und wenn ja in welcher Zeit und in welchem Umfang) bereits Maßnahmen zum Einfangen, Versorgen, Kastrieren und Freisetzen solcher Katzen stattgefunden haben. Diese Feststellungen können u. a. im Gespräch mit lokalen Tierschutzvereinen getroffen werden.
2. Wegen des insoweit unmissverständlichen Wortlaut von § 13 b Satz 4 - Vorrangigkeit des Einfangens, Kastrierens und Freisetzens vor Regelungen nach § 13 b Satz 3 Nr. 1 - ist die Einrichtung eines runden Tisches mit Behördenvertretern, Tierschutzvereinen und Tierärzten sinnvoll. Dort sollten die bisher durchgeführten Maßnahmen und ihre Ergebnisse besprochen und künftige Maßnahmen mit öffentlicher Unterstützung gemeinsam geplant werden.

3. Vor der Festlegung eines Schutzgebiets im Sinne von § 13 b Satz 1 und 2 wird außerdem in der Regel das Fachgutachten eines Tierarztes (Amtstierarzt oder niedergelassener Tierarzt) einzuholen sein. Dieses wird benötigt, um festzustellen, welche Grundstücke die Kernzone des Schutzgebiets bilden, in welcher Anzahl sich dort freilebende Katzen aufhalten und in welchem Umfang sich bei diesen Katzen Erscheinungen wie Krankheiten, Verletzungen, Unterernährung, erhöhte Welpensterblichkeit o. Ä. feststellen lassen, die mit erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden für diese Tiere verbunden sind. Sinnvoll ist darüber hinaus auch eine fachliche Äußerung, wie groß der Kreis der Grundstücke, die das übrige Schutzgebiet bilden, festgelegt werden sollte, um so weit wie möglich zu verhindern, dass aus den Reihen der in einem Besitzverhältnis stehenden Hauskatzen unkastrierte Tiere zuwandern und die Fortpflanzungskette in der Kernzone aufrecht erhalten.
4. Parallel dazu sollte auch eine Information der Bevölkerung durch lokale Medien stattfinden, sowohl über die auf den Grundstücken der Kernzone getroffenen Feststellungen zur Anzahl und zum Leiden der dort befindlichen freilebenden Katzen als auch über die geplante Verordnung und die Handlungsweisen, mit denen Menschen (insbesondere Halter von Hauskatzen) freiwillig zu einer tierschutzkonformen Lösung des Problems beitragen können.
5. Eine Verordnung mit Regelungen im Sinne von § 13 b Satz 3 Nr. 1 ist erst zulässig, wenn Maßnahmen zum Einfangen, Versorgen, Kastrieren und Freisetzen freilebender Katzen zweckmäßigerweise mit öffentlicher Unterstützung stattgefunden haben und gleichwohl keine wesentliche Verminderung ihrer Anzahl und keine wesentliche Verringerung ihrer Schmerzen, Leiden und Schäden festgestellt werden kann. Demgegenüber können Regelungen, mit denen weniger stark in Grundrechte der Tierhalter eingegriffen wird (insbesondere eine generelle Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle im Schutzgebiet mit freiem Auslauf gehaltenen Katzen) auch schon vorher in Kraft gesetzt werden. Es kann also auch überlegt werden, die Verordnung zunächst auf solche weniger einschneidenden Regelungen zu beschränken und erst in einer späteren Phase von der Möglichkeit zu Auslaufverboten und -beschränkungen und Kastrationsgeboten Gebrauch zu machen. Die Kosten, die der Gemeinde durch die Unterstützung von Maßnahmen zum Einfangen, Versorgen, Kastrieren und Freisetzen freilebender Katzen entstehen können, sind - jedenfalls mittelfristig - geringer als die Auslagen, die sie in ihrer Eigenschaft als Fundbehörde zu tragen hat, wenn Katzen, die in keinem Besitzverhältnis stehen, in ihrem Gebiet weiterhin in hoher Anzahl auftreten oder weiter zunehmen (vgl. dazu u. a. die Rechtsprechung zu Katzen als „Anscheinsfundsachen“, z. B. OVG Lüneburg, Urt. v. 23.04.2012, 11 LB 267/11; OVG Greifswald, Urt.

v. 12.01.2011, 3 L 272/06; VG des Saarlandes, Urt. v. 24.02.2013, 5 K 593/12; VG Gießen, Urt. v. 27.02.2012, 4 K 2064/11.GI; VG Ansbach, Urt. v. 26.09.2011, AN 10 K 11.00205).

Die **Abgrenzung zu Verordnungen nach dem Polizei- und Ordnungsrecht** richtet sich nach den Zwecken, die der Ordnungsgeber hauptsächlich verfolgt. Bei polizei- und ordnungsrechtlichen Katzenverordnungen geht es nicht in erster Linie um den Schutz der freilebenden Katzen, sondern um andere Gefahren: Verwilderte Katzen sind, wenn sie in großer Zahl auftreten, häufig krank und scheiden dann in hohem Maß Krankheitserreger aus, was die Ausbreitung von Katzenkrankheiten begünstigt und so auch die Gesundheit von "Freigänger"-Katzen (und damit zugleich das Eigentum der Halter) gefährdet; dies kann auch dazu führen, dass Zoonosen auf den Menschen übertragen werden; auch können große Populationen verwilderter Katzen eine Gefahr für Vögel, Kleinsäuger und Reptilien darstellen und deren Bestände beeinträchtigen; schließlich lassen sich auch Gefahren für die Sicherheit des Straßenverkehrs nicht ausschließen. Besteht das hauptsächlichste Ziel des Ordnungsgebers darin, für diese (nicht durch spezielle Gesetze geregelt und damit dem Polizei- und Ordnungsrecht zuzuordnenden) Gefahren eine Regelung zu treffen, so kann er Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungsgebote weiterhin in Form polizei- und ordnungsrechtlicher Verordnungen erlassen (was in mehr als 200 Gemeinden, vorwiegend in Nord- und Nordwestdeutschland bereits geschehen ist); die Kompetenz der Kommunen (als Teil der Länder), zur Abwehr dieser Gefahren ordnungsrechtlich tätig zu werden, kann und soll durch § 13 b TierSchG nicht ausgeschlossen oder eingeschränkt werden (vgl. Schreiben des BMELV an (u. a.) Deutscher Tierschutzbund v. 07.09.2012). - Dagegen sind Verordnungen, deren hauptsächlichstes Ziel im Schutz von Leben, Gesundheit und Wohlbefinden freilebender Katzen besteht, tierschutzrechtlicher Natur und auf § 13 b zu stützen.

B. Besonderer Teil

Zu § 1 Absatz 2:

Sinn und Zweck einer Verordnung nach § 13 b TierSchG ist es, bei Grundstücken, auf denen freilebende („verwilderte“) Katzen in großer Zahl vorkommen, mit tierschutzgerechten Maßnahmen eine Verminderung der Anzahl dieser Katzen zu erreichen, um so die durch die hohe Anzahl bedingten Schmerzen, Leiden und Schäden dieser Tiere zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, muss verhindert werden, dass „aus den Reihen der in einem Besitzverhältnis stehenden Hauskatzen unkastrierte Tiere zuwandern beziehungsweise die Fortpflanzungskette aufrecht erhalten“ (so die amtliche Begründung zu § 13 b TierSchG,

Bundestagsdrucksache 17/10572 S. 32). In einer Rechtsverordnung nach § 13 b können und sollen diejenigen Regelungen getroffen werden, die bestimmt und geeignet sind, diese Ziele zu erreichen, und die die Halter von Hauskatzen nicht mehr als nach den Umständen erforderlich und verhältnismäßig belasten.

Diesen Zielen entspricht es, bei der Festlegung von Schutzgebieten im Sinne von § 13 b Satz 1 und 2 zwischen einer Kernzone und einem sie umgebenden Bereich zu unterscheiden. Die Kernzone wird aus demjenigen Grundstück bzw. denjenigen zusammenhängenden Grundstücken gebildet, auf denen sich verwilderte Katzen in hoher Anzahl aufhalten, wobei sich zumindest bei einem Teil dieser Katzen hierdurch verursachte erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden feststellen lassen. Der umgebende Bereich ist so festzulegen, dass das Ziel, eine Zuwanderung fortpflanzungsfähiger Katzen in die Kernzone und eine dadurch herbeigeführte Aufrechterhaltung der Fortpflanzungskette zu verhindern, erreicht wird. Deswegen müssen zum umgebenden Bereich alle diejenigen Grundstücke gerechnet werden, bei denen - nach ihrer Lage, ihrer räumlichen Entfernung zur Kernzone, den örtlichen, insbesondere naturräumlichen Gegebenheiten und den ethologischen Erkenntnissen über das Revier- und Wanderverhalten fortpflanzungsfähiger Hauskatzen - die ernsthafte und nicht lediglich fernliegende Möglichkeit besteht, dass Katzen, die dort mit unkontrolliertem freiem Auslauf gehalten werden, auf das Grundstück oder die Grundstücke der Kernzone gelangen, sich dort (auch nur zeitweise) aufhalten und zur Vermehrung der dort befindlichen Katzenpopulation beitragen können.

Zu § 1 Absatz 3:

Halter im Sinne dieser Verordnung ist zunächst, wer auch Halter im Sinne von § 2 Nr. 1 Tierschutzgesetz ist. Die dafür wesentlichen Kriterien sind: eine tatsächliche, nicht ausschließlich in fremdem Interesse und nach fremden Weisungen ausgeübte Bestimmungsmacht über das Tier und seine Lebensbedingungen sowie eine gewisse zeitliche Verfestigung dieser tatsächlichen Beziehung (vgl. VGH München, Beschluss vom 03.07.2007, 25 ZB 06.1362; OVG Münster, Urt. v. 08.11.2007, 20 A 3908/06). Das Eigentum am Tier ist dafür keine notwendige Voraussetzung, kann aber als Indiz für eine Halterstellung gewertet werden. Die Ziele dieser Verordnung - Verminderung der hohen Anzahl verwilderter Katzen auf den Grundstücken der Kernzone; Vermeidung einer Zuwanderung fortpflanzungsfähiger Katzen von Grundstücken des umgebenden Bereiches in diese Kernzone - machen es notwendig, dem Halter Personen gleichzustellen, die fremde Katzen betreuen (insbesondere füttern und versorgen) und zugleich Besitzer dieser Tiere im Sinne der §§ 854 - 857 BGB sind. Dazu gehören auch Personen, die Grundstücksbesitzer sind und es dulden, dass sich Katzen auf ihrem Grundstück mehr als nur vorübergehend aufhalten. Dagegen können Betreuer, die weder Besitzer des den Katzen als Aufenthalts-

ort dienenden Grundstückes sind noch eine tatsächliche Herrschaftsbeziehung zur Katze unterhalten, die ihnen ermöglicht, über deren Auslauf und Bewegungsmöglichkeit zu entscheiden, nicht Adressaten von Anordnungen nach § 13 b Satz 3 Nr. 1 TierSchG sein und deswegen auch nicht den Haltern von Katzen gleichgestellt werden. Das gilt z. B. für Betreiber auf fremden Grundstücken, wenn sie sich auf Tätigkeiten wie Füttern und Pflegen von Katzen beschränken. Das schließt jedoch nicht aus, Personen, die Katzen außerhalb einer von der Gemeinde oder von Tierschutzvereinen organisierten Aktion, die das Einfangen, Versorgen, Kastrieren und Freisetzen der Tiere zum Ziel hat, füttern, Beschränkungen aufzuerlegen, soweit es zur Verwirklichung dieser Aktion erforderlich ist bzw. wenn das Füttern so durchgeführt wird, dass es zur Aufrechterhaltung einer großen Population in dem jeweiligen Gebiet beiträgt.

Zu § 1 Absatz 5:

Einen unkontrollierten, freien Auslauf hat eine Katze, wenn sie sich außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten ihres Halters (und auch von Personen, die diesen vertreten oder für ihn handeln) frei bewegen kann. Dazu gehört, dass der Halter unter Berücksichtigung der räumlichen Verhältnisse und des Verhaltens der Katze weder durch Sicht-, noch durch Hör- noch durch taktilen Kontakt (z. B. Leine, Einsperren, unüberwindbarer Zaun) auf ihr Bewegungsverhalten Einfluss nehmen und sie dementsprechend auch nicht am Aufsuchen der Kernzone und daran, dass sie sich dort an der Vermehrung beteiligt, hindern kann.

Zu § 2 Satz 1 und 2:

Die Voraussetzungen, unter denen ein Gebiet zum Schutzgebiet erklärt werden kann, sind nach § 13 b S. 1 Nr. 1 und 2 TierSchG:

1. Auf einem oder mehreren zusammenhängenden Grundstücken halten sich freilebende („verwilderte“) Katzen in hoher Anzahl auf. Dies kann z. B. in Schrebergartenanlagen, auf Campingplätzen, verwilderten Grundstücken, Industriebrachen oder Hofgrundstücken der Fall sein.
2. Bei einem Teil dieser Katzen lassen sich Krankheiten (z. B. Leukose, FIP, FIV, Katzenschnupfen, Parasitosen), Verletzungen und Traumata (z. B. durch Unfälle oder Kämpfe), Abmagerung oder andere Anzeichen von Unterernährung (und eine damit einher gehende Schwächung des Immunsystems und erhöhte Krankheitsanfälligkeit) und/oder eine erhöhte Welpensterblichkeit feststellen. All dies sind Erscheinungen, die bei den Katzen erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden verursachen (so ausdrücklich die amtliche Begründung zu § 13 b TierSchG, BT-Drucks. Nr. 17/10572 S. 32).

3. Die Schmerzen, Leiden oder Schäden müssen auf die hohe Anzahl der Tiere auf dem Grundstück oder den Grundstücken zurückzuführen sein. Eine solche Kausalität wird aber, soweit sich eine oder mehrere der oben genannten Erscheinungen feststellen lassen, vom Gesetzgeber unterstellt (vgl. amtliche Begründung a. a. O.: „Das Ausmaß dieser Erscheinungen ... nimmt mit steigender Populationsdichte zu“).
4. Es muss angenommen werden können, dass sich die Schmerzen, Leiden oder Schäden der Katzen durch eine Verminderung ihrer Anzahl auf dem Grundstück oder den Grundstücken verringern lassen. Auch dies wird vom Gesetzgeber unterstellt: „Die konsequente Durchführung dieses Ansatzes (Einfangen - Kastrieren - Freisetzen) führt zu stabilen Gruppen mit mittelfristig abnehmenden Tierzahlen und einer Verbesserung des Wohlbefindens der Tiere“ (amtliche Begründung a. a. O.).

Zusätzlich zu dem Grundstück oder den Grundstücken, die die Kernzone des Schutzgebiets bilden, sind weitere, umliegende Grundstücke einzubeziehen. Das ergibt sich daraus, dass eine Verordnung nach § 13 b TierSchG zum Ziel haben soll, zu verhindern, dass „aus den Reihen der in einem Besitzverhältnis stehenden Hauskatzen unkastrierte Tiere zuwandern beziehungsweise die Fortpflanzungskette aufrecht erhalten“ (amtliche Begründung S. 32). Deswegen muss das Schutzgebiet alle Grundstücke umfassen, die in solcher Nähe zu den die Kernzone bildenden Grundstücken liegen, dass - unter Berücksichtigung der örtlichen, insbesondere der naturräumlichen Gegebenheiten und unter Einbeziehung der Erfahrungen über das Revier- und Wanderverhalten unkastrierter Hauskatzen - von der ernsthaften und nicht lediglich fernliegenden Möglichkeit ausgegangen werden muss, dass fortpflanzungsfähige Katzen, die dort mit unkontrolliertem freiem Auslauf gehalten werden, (auch) in die Kernzone gelangen und dort zur Vermehrung beitragen können.

Aus dem im Auftrag der Gemeinde erstatteten Gutachten des Tierarztes X. Y. geht hervor, dass sich auf dem ...gelände regelmäßig verwilderte Katzen in hoher Anzahl aufhalten. Dieses Gelände umfasst die Grundstücke mit den Flurstücknummern (alternativ: die an der ...straße gelegenen Grundstücke mit den Hausnummern und die Grundstücke an der ...straße mit den Hausnummern; alternativ: das Gebiet zwischen der ... straße im Norden, dem ...weg im Osten, dem ...platz im Süden und dem Lauf des ...baches im Westen...).

Tierarzt X. Y. hat mehrmals, nämlich am ..., am ... und am ... einen Augenschein eingenommen und bei folgende Feststellungen getroffen: Diese Feststellungen stimmen mit den Beobachtungen, die von den Mitgliedern A., B. und C. des örtlichen Tierschutzvereins gemacht worden sind, überein. Diese Personen beteiligen sich seit ... an den vom Tierschutzverein durchgeführten und von der Gemeinde unterstützten Aktionen zum Einfangen, Versorgen, Kastrieren und Freisetzen freilebender Katzen. Nach den Aussagen

von Herrn A Die von Frau B. geschilderten Beobachtungen ... Herr C. hat bestätigt, dass ...

Von Tierarzt X. Y. sind in der Zeit von ... bis ... insgesamt ... verwilderte Katzen auf dem ...gelände eingefangen und tierärztlich untersucht worden. Dabei waren folgende Krankheiten, Verletzungen und Schäden zu diagnostizieren: Mithin ist davon auszugehen, dass bei einem erheblichen Anteil der auf dem ... gelände befindlichen verwilderten Katzen erhebliche Schmerzen und Leiden auftreten. Dies ist auf die hohe Population der verwilderten Katzen in diesem Gebiet zurückzuführen. Durch eine dauerhafte Verminderung der Anzahl der Katzen auf dem ...gelände ließen sich auch die auftretenden Schmerzen und Leiden verringern.

Aufgrund des ebenfalls von der Gemeinde eingeholten Gutachtens des ethologischen Sachverständigen Z. ist davon auszugehen, dass bei folgenden umliegenden Grundstücken im Sinne einer nicht lediglich fernliegenden, sondern ernsthaften Möglichkeit davon ausgegangen werden muss, dass fortpflanzungsfähige Katzen, die auf einem dieser Grundstücke als Freigänger mit unkontrolliertem Auslauf gehalten werden, auf das ...gelände gelangen und sich dort an der Vermehrung der vorhandenen Tiere beteiligen können:

- die an der ...straße gelegenen Grundstücke mit den Hausnummern und die am ...weg gelegenen Grundstücke mit den Hausnummern (alternativ: alle im Ortsteil ... gelegenen Grundstücke, soweit sie im Norden durch die ...straße, im Osten durch die ... straße, im Süden durch den ... weg und im Westen durch die Gemarkungsgrenze zur Stadt ... begrenzt werden).

(Nähere Darstellung des Inhalts des Gutachtens)

In das Schutzgebiet müssen deshalb, über die in Satz 2 genannte Kernzone hinaus, alle in Satz 1 genannten Grundstücke einbezogen werden. Anderenfalls würde das Ziel verfehlt werden, zu verhindern, dass aus den Reihen der in einem Besitzverhältnis stehenden Hauskatzen weiterhin unkastrierte Tiere auf das ...gelände zuwandern und sich an der Vermehrung der dort aufhaltenden Tiere beteiligen.

Zu § 3 Absatz 1:

Die Regelung wird auf § 13 b Satz 3 Nr. 1 TierSchG gestützt. Danach kann - soweit es zum Schutz freilebender Katzen, die in einem Gebiet in hoher Anzahl auftreten und die, hierdurch bedingt, erheblichen Schmerzen Leiden oder Schäden ausgesetzt sind, erforderlich ist - der unkontrollierte freie Auslauf fortpflanzungsfähiger Hauskatzen verboten oder beschränkt werden. Innerhalb der Kernzone des Schutzgebiets ist ein vollständiges Verbot

des unkontrollierten freien Auslaufs fortpflanzungsfähiger Katzen erforderlich, weil andernfalls das Ziel, die hohe Anzahl an Katzen in diesem Gebiet zu vermindern, nicht erreicht werden kann. Wer also auf einem solchen Grundstück eine Katze hält, muss sich entscheiden, ob er sie kastriert oder ob er ihren Auslauf vollständig verhindert oder ob er den Auslauf durch Maßnahmen einschränkt, die sicherstellen, dass er ausschließlich außerhalb dieser Kernzone stattfindet.

Die Regelung ist auch verhältnismäßig. Maßnahmen nach § 13 b Satz 4 TierSchG sind in der Kernzone durchgeführt worden, haben sich aber als nicht ausreichend erwiesen. Der Tierschutzverein ... führt seit ... auf den Grundstücken des ... geländes Aktionen zum Einfangen, Versorgen, Kastrieren und Freisetzen freilebender Katzen durch. In dieser Zeit sind insgesamt ... Katzen eingefangen, medizinisch versorgt, kastriert, nachbehandelt und anschließend wieder freigesetzt (bzw., wenn eine Gewöhnung an den Menschen noch möglich erschien, ins örtliche Tierheim verbracht und von dort an geeignete Personen weitervermittelt) worden. Die Gemeinde hat diesen Ansatz unterstützt, indem ... (nähere Darstellung). Gleichwohl hat eine am ... von dem Gutachter X. Y. vorgenommene Zählung ergeben, dass sich derzeit ca. ... verwilderte Katzen mehr oder weniger ständig auf dem ...gelände aufhalten. Eine früher, nämlich am ... durchgeführten Zählung hat eine Populationsgröße von ... Katzen ergeben. Es ist also bislang nicht gelungen, mit Hilfe der genannten und während durchgeführten Aktionen die Zahl der auf dem ...gelände befindlichen verwilderten Katzen deutlich zu vermindern.

Darüber hinaus ist durch verschiedene Aufklärungsaktionen versucht worden, die in der Gemeinde und insbesondere im Schutzgebiet ansässigen Katzenhalter zu einer freiwilligen Unfruchtbarmachung ihrer Tiere oder einer freiwilligen Beschränkung des Auslaufs der Katzen, so, dass sich nur noch kastrierte Katzen in der Kernzone aufhalten, zu bewegen (nähere Darstellung dieser von der Gemeinde durchgeführten oder unterstützten Aufklärungsmaßnahmen). Auch dies hat, wie oben dargelegt, nicht ausgereicht, um zu einer wesentlichen und dauerhaften Verminderung der auf dem Grundstück/den Grundstücken befindlichen freilebenden Katzen und damit zu einer Verringerung der durch die hohe Anzahl bedingten Schmerzen, Leiden und Schäden zu gelangen.

Zu § 3 Absatz 2:

Rechtsgrundlage dieser Regelung ist ebenfalls § 13 b S. 3 Nr. 1 TierSchG. Auf den nicht mehr zur Kernzone gehörenden, aber in ihrer Nähe befindlichen Grundstücken wird der unkontrollierte freie Auslauf fortpflanzungsfähiger Katzen beschränkt. Wer dort eine Katze hält, muss sie entweder kastrieren lassen oder in anderer Weise dafür sorgen, dass sichergestellt ist, dass sie nicht in fortpflanzungsfähigem Zustand in der Kernzone freien

Auslauf hat. Anders kann das Ziel der Verordnung, zu verhindern, dass aus den Reihen der in einem Besitzverhältnis stehenden Hauskatzen unkastrierte Tiere in die Kernzone gelangen und die Fortpflanzungskette aufrechterhalten, nicht erreicht werden. Dazu, dass mildere, weniger schwerwiegend in die Grundrechte der Halter eingreifende Mittel nicht ausgereicht haben, s. o. zu Abs. 1.

Die Regelung ist - trotz des schweren Eingriffs, den ein mittelbar ausgelöster Zwang zur Kastration für das Eigentum eines Katzenhalters bedeutet, und trotz der damit auch für das Tier verbundenen Belastungen - verhältnismäßig. Das öffentliche Interesse, dass die Zahl der auf dem ...gelände befindlichen Katzen dauerhaft vermindert wird, überwiegt. Das gilt auch unter Einbeziehung des Gesichtspunktes, dass Katzen gem. § 2 Nr. 1 und 2 TierSchG (also im Sinne des gesetzlichen Gebots zu einer art- und bedürfnisangemessenen Tierhaltung) grds. freien Auslauf haben sollten. Die Krankheiten, Verletzungen und Anzeichen von Unterernährung, von dem Gutachter Tierarzt X. Y. an freilebenden Katzen in der Kernzone festgestellt worden sind, bedeuten für die betroffenen Tiere erhebliche und, zumindest in der dem Tod unmittelbar vorausgehenden Phase, auch schwere bis sehr schwere Leiden bzw. starke Schmerzen. Diese Erscheinungen sind nach den Feststellungen des Gutachters untrennbar mit der hohen Anzahl der Katzen in diesem Gebiet verbunden und können dauerhaft verringert werden, wenn es gelingt, diese Zahl zu vermindern. Aus diesen Gründen ist das öffentliche Interesse an Regelungen, die geeignet sind, die Zuwanderung unkastrierter Hauskatzen in das Gebiet zu verhindern, als hoch einzustufen. Bei der Abwägung mit den entgegenstehenden Belangen ist auch zu bedenken, dass die Kastration einer Hauskatze sowohl für das Tier selbst als auch für dessen Halter Vorteile haben kann: bestimmte Infektionen können so verhindert werden; tätliche Auseinandersetzungen mit anderen Katzen und daraus resultierende Verletzungen werden weniger häufig und intensiv; das sexuell bedingte weitläufige Herumstreunen und z. T. tagelange Wegbleiben bzw. Abwandern von Katzen werden vermieden; zugleich reduziert sich die Gefahr für die Tiere, im Straßenverkehr zu verunglücken. Für Fälle, in denen dennoch die privaten Interessen, die einer Kastration oder Auslaufbeschränkung entgegenstehen, das öffentliche Interesse ausnahmsweise überwiegen (insbesondere bei einem berechtigten Interesse an der Zucht und bei gleichzeitig sichergestellter Versorgung des Nachwuchses), sind in § 4 Ausnahmen vorgesehen.

Zu § 3 Absatz 3:

Die Regelung wird auf § 13 b Satz 3 Nr. 2 gestützt. Die Verpflichtung trifft den Halter, aber auch einen davon möglicherweise personenverschiedenen Eigentümer der Katze; in diesem Fall schulden beide die Kennzeichnung und Registrierung. Diese Verpflichtung ist erforderlich, um den Vollzug der Regelungen nach Abs. 1 und 2 zu ermöglichen und zu

überprüfen. In der Regel ist es nur schwer möglich, bei einer fortpflanzungsfähigen, nicht gekennzeichneten Katze, die sich in der Kernzone aufhält, festzustellen, wer ihr Halter ist und ob dieser gegen seine Verpflichtungen aus Abs. 1 und 2 verstoßen hat. Das öffentliche Interesse daran, dies feststellen zu können, hat Vorrang vor etwaigen privaten Interessen, die einer Kennzeichnung und Registrierung entgegenstehen können. Tierschutzrechtliche Belange stehen in der Regel nicht entgegen, denn die Kennzeichnung mittels Mikrochip ist ein harmloser Eingriff und dient auch dem Schutz des Tieres, das dann im Falle seines Entlaufens, seiner Aussetzung oder Zurücklassung, aber auch bei Unfällen schnell und sicher wieder seinem Halter zugeordnet werden kann. Die Kennzeichnung erfolgt i. d. R. durch tierärztliche Injektion eines Mikrochips oder auf eine vergleichbar zuverlässige und wenig belastende Weise. Für die Registrierung (in Form der Eintragung der Kennzeichnungsdaten, einzelner äußerer Erkennungsmerkmale des Tieres sowie von Namen und Anschrift des Halters) eignen sich die beiden verbandlichen Haustierrregister (Deutscher Tierschutzbund e. V. und TASSO e. V.); in einigen Bundesländern bestehen auch Hunderegister, die erweitert werden könnten. Zur Möglichkeit von Ausnahmen s. § 4.

Zu § 3 Absatz 4:

Wenn in der Kernzone eine fortpflanzungsfähige, frei laufende Katze angetroffen wird, die von einem zum Schutzgebiet gehörenden Grundstück stammt, so liegt jedenfalls in objektiver Hinsicht ein Verstoß gegen Abs. 1 oder 2 vor. Zugleich hat sich gezeigt, dass die in diesen Absätzen geregelten Verpflichtungen, den Auslauf so zu verhindern oder einzuschränken, dass ein Aufenthalt der Katze in der Kernzone vermieden wird, mit Bezug auf den verantwortlichen Halter nicht ausreichend waren, um zu verhindern, dass die Katze zur Vermehrung der Population in der Kernzone beitragen kann. Deshalb ist in diesem Fall die an den Halter und (bei Personenverschiedenheit) auch an den Eigentümer gerichtete Anordnung, die Katze kastrieren zu lassen, ein sowohl erforderliches als auch verhältnismäßiges Mittel. Das Ziel, die Fortpflanzungskette in der Kernzone zu unterbrechen, hat wegen der mit der hohen Katzenpopulation verbundenen erheblichen Schmerzen und Leiden Vorrang vor dem der Kastration entgegenstehenden Halter- und Eigentümerinteresse und vor der Unversehrtheit des Tieres. Dabei sind in die Abwägung auch die Vorteile einzubeziehen, die eine Kastration für das Tier selbst und dessen Halter haben kann (s. o. zu § 3 Abs. 1).

Wird in der Kernzone, eine fortpflanzungsfähige, nicht gekennzeichnete Katze angetroffen, so ist, wenn ihr Halter nicht binnen 24 Stunden ermittelt werden kann, eine zeitnahe Anordnung nach Satz 1 nicht möglich. Das öffentliche Interesse daran, dass die Katze nicht mehr zur Aufrechterhaltung der Fortpflanzungskette beitragen kann, erfordert es in diesem Fall, sie ohne längere Ermittlungen zu kastrieren. Dies geschieht deshalb im Wege der

unmittelbaren Ausführung. Für die Verhältnismäßigkeit dieses Eingriffs spricht auch, dass in diesem Fall sowohl die Pflichten nach Abs. 1 bzw. 2 als auch nach Abs. 3 zumindest in objektiver Hinsicht verletzt worden sind. Die Durchführung der Kastration ist dem Tierarzt vorbehalten (s. § 1 Abs. 4).

Zu § 4:

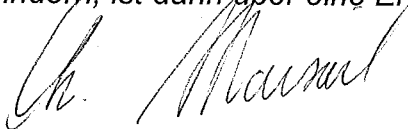
Die Vorschrift dient der Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in Fällen, in denen die Interessen des Halters, möglicherweise aber auch tierschutzrechtliche Belange gegenüber den durch § 3 geregelten öffentlichen Belangen ausnahmsweise als vorrangig zu bewerten sind. Ein Beispielfall ist in den Wortlaut aufgenommen (besonderes Züchtungsinteresse und Glaubhaftmachung, dass die Versorgung allen Nachwuchses sichergestellt ist). Von der Kennzeichnungspflicht ist eine Ausnahme zu machen, wenn das Tier sowohl durch die Implantierung eines Mikrochips als auch durch andere, schonende Kennzeichnungsmethoden aufgrund besonderer Eigenschaften übermäßig belastet oder gefährdet würde.

Zu § 5:

Die Vorschrift dient ebenfalls der Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Auf die Verpflichtungen nach § 3 Abs. 1, 2 und 3 sollen sich die Halter von "Freigänger"-Katzen während sechs Monaten ab der amtlichen Bekanntmachung der Verordnung einstellen können. Die schwer wiegenden Eingriffe nach § 3 Abs. 4 sollen erstmals ein Jahr nach der amtlichen Bekanntmachung vollzogen werden, um jedem Halter die Möglichkeit zu geben, ausreichende Vorkehrungen gegen die zugrunde liegenden Verstöße zu treffen.

Zu § 6:

Die hier geregelte Überprüfungsklausel dient u. a. dazu, das Schutzgebiet anpassen und ggf. auch erweitern zu können, wenn sich herausstellt, dass in der Kernzone auch fortpflanzungsfähige Hauskatzen von weiter entfernt liegenden und deshalb zunächst nicht einbezogenen Grundstücken angetroffen werden. Entsprechend der Zielsetzung, die Zuwanderung solcher Katzen und die Aufrechterhaltung der Fortpflanzungskette durch sie zu verhindern, ist dann über eine Erweiterung des Schutzgebiets zu entscheiden.



Dr. Christoph Maisack